

**REDE ZUM JAHRESBERICHT 2009
DES SÄCHSISCHEN AUSLÄNDERBEAUFTRAGTEN**
Martin Gillo, 4. November 2010

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Mein Vater, Waldemar Gillo, war ein lebenslanger Anhänger von jiddischem Humor. Er hätte diese Rede wahrscheinlich wie folgt begonnen:

„Sehr geehrtes Präsidium! Ich danke für die mediengerechte Platzierung dieses Punktes in der Tagesordnung des Landtages – ganz hinten. Ich bin erleichtert über die leeren Tribünen – ohne Schüler, die ich womöglich verängstigen könnte.“

Aber im Ernst, der besondere Platz entspricht natürlich nicht der Wichtigkeit des Themas Weltoffenheit im Freistaat Sachsen...

Ich werde oft gefragt, meine Damen und Herren: Was ist die Rolle des Sächsischen Ausländerbeauftragten?

Ich antworte dann, gerade auch bei Schülern: Der Sächsische Ausländerbeauftragte ist Reisebegleiter auf der sächsischen Reise zu mehr Weltoffenheit, und das ist eine endlose Reise wie „Die unendliche Geschichte“.

Dabei gibt es Gutes zu ermutigen und Schlechtes anzumahnen, und ich muss mich daran gewöhnen – das habe ich auch schon-, dass man mir normalerweise mit etwas Ambivalenz begegnet: Auf der einen Seite die Freude über das, was ich ermutigend über Dinge sagen kann, die wir gut bewirken, bei denen wir nach vorn gehen.

Und auf der anderen Seite die Tränen oder der Ärger, wenn ich über Unerreichtes oder über Unbequemes spreche.

Der Jahresbericht 2009 reflektiert die solide Arbeit meiner Vorgängerin Friederike de Haas.

Der Bericht zeigt viel Bewährtes, zum Beispiel die Einbürgerungen im Freistaat Sachsen, Tendenz leider fallend, und die gute Arbeit der Härtefallkommission, bei der wir das Prinzip der Menschlichkeit beachten, wenn die Bürokratie am Ende ist.

Er berichtet auch über Neues, über den Integrationspreis im Freistaat Sachsen im letzten Jahr. Diesen hat der Gemeindedolmetscherdienst in Dresden gewonnen. Das sind Freiwillige, die sich engagieren, indem sie Migranten helfen, den Schwierigkeiten der deutschen Sprache zu entkommen, um ihre Anliegen tatsächlich den Behörden gegenüber vorzutragen. Das haben wir belobigt und unterstützt.

Es gibt auch eine Unterstützung der Initiative gegen Zwangsheirat mit einer Ressourcendatenbank, bei der sich Menschen über Organisationen, die ihnen zur Hilfe bereitstehen, informieren können.

Dann sprachen wir über die erfolgreiche Aufnahme christlicher Iraker, indem wir zeigen, dass wir wissen, wie man Integration erreichen kann, wenn man es will.

Frau de Haas hat auch über eine inakzeptable Gemeinschaftsunterkunft berichtet und hat empfohlen, sie zu schließen. Denn sie sagt völlig zu Recht: Die Zustände in den Gemeinschaftsunterkünften, also den Asylbewerberheimen, müssen unserem eigenen Wertekanon entsprechen. Unserem!

Deshalb hat sie angeregt und empfohlen, die Gemeinschaftsunterkunft Seeligstadt zu schließen. Ich habe alle Heime, alle Gemeinschaftsunterkünfte besucht und kann mich dieser Empfehlung nur anschließen.

Ich bin bei dem Besuch in Seeligstadt immer wieder gefragt worden: „Sind wir denn die schlimmste Gemeinschaftsunterkunft im Freistaat Sachsen?“

Als ich geantwortet habe: „Nein, Sie sind die zweitschlechteste“ führten sie fast Freudentänze auf, weil sie sehr froh waren, dass sie nicht völlig am Ende standen.

Nun haben wir gehört, dass diese Gemeinschaftsunterkunft im Jahre 2011 endlich geschlossen werden soll. Ich gehe davon aus. Kollege Brangs sagte allerdings, dass es jetzt ein Angebot des Heimbetreibers gibt, in dem er sagt, er sei bereit, bei Abschluss eines 15-Jahres-Vertrages die eine oder andere Verbesserung einzuführen.

Ich hoffe, dass wir tatsächlich bei dem Ziel bleiben, in dem Landkreis das Heim Seeligstadt durch ein besseres zu ersetzen.

Wie ist das eigentlich mit der Menschenwürdigkeit der Heime im Freistaat Sachsen?

Diese Menschenwürdigkeit gibt es. Es gibt sehr gute Heime im Freistaat Sachsen, und darüber werde ich im nächsten Jahresbericht, über das Jahr 2010, berichten. Diesen Bericht werde ich im Januar 2011 vorstellen.

Meine Damen und Herren, vielleicht auch im Hinblick auf den Antrag der LINKEN Folgendes:

Die Rolle des Landtagspräsidenten, des Datenschutzbeauftragten und des Ausländerbeauftragten verstehe ich als zur Überparteilichkeit aufgerufen. Das heißt, dass wir bei diesem Thema der Weltoffenheit und wie wir mit Ausländern im Freistaat umgehen, im Konsens arbeiten und nicht Parteipolitik machen sollten, was in den verschiedenen Parlamenten nicht so einfach ist.

Ich wiederhole Parteipolitik kurz: Die Regierungsmehrheit setzt sich immer mit all ihren Anträgen durch. Die Opposition wird in 99% der Fälle erleben, dass ihre Anträge abgelehnt werden.

Ich muss auf zwei Anträge der Opposition in dieser Legislaturperiode hinweisen, die tatsächlich akzeptiert wurden: Der eine Antrag ist der Antrag der GRÜNEN für schnellere Eisenbahnverbindungen zwischen Dresden und Berlin und der zweite ist der Antrag zum Rundfunkgebührenstaatsvertrag, den wir gerade mit einigen Modifikationen unterstützt haben.

Aber das sind Ausnahmen. Normalerweise ist es so: Wenn die Opposition einen Antrag stellt und darin sagt: „Das Meer ist blau“, dann antwortet die Regierungsmehrheit: „Das Meer ist grün“.

Das sind die Spielregeln, die universell gelten. Das gilt nicht nur für den Freistaat Sachsen, das gilt in jeder Regierung. Jeder, der einmal in der Opposition und in der Regierung war, weiß, dass das so abläuft.

Es gibt aber auch Beispiele für unglückliche Konsequenzen der Machtmechanik. Ich möchte, weil das relevant ist, als Beispiel meine Empfehlung, meine Anregung für eine Bargeldauszahlung für die Verpflegung von Asylbewerbern und Geduldeten im Freistaat Sachsen erwähnen. Bargeldauszahlung ist eigentlich die Entscheidung des Landrates, es ist sein ureigener Handlungsspielraum. Elf von 13 Landkreisen haben die Anregung aufgegriffen, sie zahlen heute Bargeld.

Und der vorletzte Landkreis war kurz davor, zur Bargeldauszahlung überzugehen. Das habe ich aus dem Gespräch mit dem Landrat erfahren.

Aber jetzt kommt die Opposition auf die Idee, meine Bargeldanregung aufzunehmen und im Kreistag abstimmen zu lassen.

Welche Opposition? Die LINKE. Und natürlich sagt die Regierungskoalition, diesen Antrag lehnen wir ab. Die Konsequenz ist, dass jetzt der Landrat mindestens sechs Monate keine Entscheidung fällen darf, die dem zuwiderläuft.

Warum ist das ein Problem?

Die Migranten erhalten im Freistaat Sachsen pro Monat 130,38€ für Verpflegung. Zusätzlich erhalten die Geduldeten, wenn sie nicht an ihrer Abschiebung mitarbeiten, 10€ Taschengeld.

Wir wissen aber, dass die Monatskarte in den Regionen, wenn sie Glück haben, zwischen 20 und 40€ kostet. Das heißt, ein Asylbewerber, der sich mit dem öffentlichen Verkehr bewegen will, kann sich die Kosten der Monatskarte vom Essen absparen, wenn er Bargeld bekommt.

Wenn er aber in Lagerläden – Entschuldigung – in Gemeinschaftsunterkunftsmagazinen einkaufen muss, dann werden diese 130 Euro wegen der etwa 50prozentigen Preisaufschläge gegenüber den Läden auf 86 Euro reduziert, und natürlich kann kein Geld für Monatskarten vorhanden sein. Die kann er sich dann nur alle zwei oder drei Monate leisten.

Diese Entscheidung, wenn man so will, ist natürlich rechtmäßig. Aber die Frage ist: Passt das zu uns im Freistaat Sachsen?

Die Antwort – und meine Empfehlung ist: Lassen Sie den Landräten ihre Entscheidungsfreiheit. Mein Appell ist deswegen: Arbeiten wir im Konsens. Vermeiden wir parlamentarische Machtmechanik bei den Themen Weltoffenheit im Umgang mit Migranten.

Das trifft auch auf den Entschließungsantrag der LINKEN zu, den wir jetzt vorgelegt bekommen. Lassen Sie uns im Konsens arbeiten und sehen, was tatsächlich dem Interesse der Asylbewerber und Geduldeten und unseren eigenen Standards und Werten entspricht.

Ich muss noch einen wichtigen Punkt aus der aktuellen politischen Diskussion aufgreifen.

Ich appelliere an uns alle: Unsere Zukunft heißt Einigkeit in Vielfalt.

Thilo Sarrazin hat uns aus dem Dornröschenschlaf der Verdrängung geweckt. Die Einen aus dem Traum der Romantik der Parallelgesellschaften. Parallelgesellschaften sind kein operatives Modell für Europa. Die Anderen wurden aus dem Traum geweckt, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, obwohl wir 20% Migranten in Deutschland haben.

Leider ist Thilo Sarrazin auch zum Spaltpilz in unserer Gesellschaft geworden.

Zitat: „Wer ausländisches Fernsehen sieht und mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuß steht, der soll auswandern.“

Als ich in den USA lebte, hatte ich immer ein Kurzwellenradio mit deutschem Sender auf dem Nachttisch, und trotz meines zehnjährigen Aufenthaltes in der Schweiz stehe ich mit dem Schwyzerdütsch immer noch auf dem Kriegsfuß.

Wahrscheinlich hätte Herr Sarrazin mich aus beiden Ländern ausweisen wollen.

Meine Damen und Herren, Lassen wir uns nicht in WIR und DIE aufteilen!

Was wir stattdessen brauchen, ist ein neues Ziel für unsere Gemeinschaft. Wir brauchen eine dritte Wiedervereinigung.

Die erste Wiedervereinigung fand 1945 statt, als über 17 Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten in das Restdeutschland kamen und von der Gesellschaft aufgenommen worden sind. Wir haben sehr viele Schlesier im Freistaat Sachsen, die heute stolz sind auf ihre schlesischen Wurzeln, die aber auch sehr stolz sind, Sachsen zu sein.

Ich denke an Döbeln, wo ich in der katholischen Kirche mit sehr vielen Schlesiern zusammengekommen bin. Mein Freund Manfred Graetz, stellvertretender Landrat, ist ein ehemaliger Schlesier und zu hundert Prozent Sachse. Wir wissen also, dass die erste Wiedervereinigung erfolgreich war.

Die zweite kam 1990. Das war das Ende der tragischen Teilung unseres Landes.

Meine Frage ist jetzt: Wann kommt es zur Vereinigung von Deutschen und Migranten?

Meine Damen und Herren! Unsere Kinder und Enkelkinder werden in einer deutschen Gesellschaft leben, in der die Menschen mit Migrationshintergrund die Mehrheit darstellen werden.

Es gibt nur eine wünschenswerte Zukunft: die mit einem gemeinsamen WIR!

Vielen Dank!